

Landtagssitzung, 29. April 2021:

- Aktuelle Stunde der SPÖ: „Niederösterreich braucht die Aufschwung-Milliarde“:

Der **stellvertretende Klubobmann, LAbg. Mag. Christian Samwald**, betonte in seiner Rede, dass es ein Gebot der Stunde sein müsse, sich aus der aktuellen Krise heraus zu investieren: „Unser Bundesland braucht die **Aufschwung-Milliarde**, um **80.000 neue Jobs für Niederösterreich** realisieren zu können! Denn knapp 26.000 Menschen in Kurzarbeit und mehr als 54.400 Menschen ohne Job sprechen eine klare Sprache! Die fünf Bereiche, wo es **Investitionen** braucht, sind **Kinderbetreuung und Bildung, Verkehr, Pflege und Gesundheit, Wohnen sowie Arbeit und Wirtschaft**. Investitionen in die Zukunfts-Bereiche gewährleisten allen NiederösterreicherInnen eine gute, fair bezahlte Arbeit!“

Bildungssprecherin LAbg. Elvira Schmidt brach eine Lanze für Niederösterreichs Familien: „Denn betrachtet man die Bildungssituation in Österreich, so muss man feststellen, dass bereits über die erste Bildungseinrichtung unserer Kinder, nämlich den Kindergarten, wenig bis gar nichts zu hören ist. Und deswegen fordern wir einmal mehr den **Rechtsanspruch auf einen Gratis-Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr**, eine **flächendeckende, inklusive, ganztägig, ganzjährige, hochqualitative, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtung** sowie die **Reduktion auf Wiener Niveau von 30 auf 5 Schließtage pro Jahr!** All diese Schritte sind notwendig, um unsere Familien in Niederösterreich zu entlasten!“

Die Petition „80.000 neue Jobs für Niederösterreich“ ist unter <https://noe.spoe.at/aktion-80000-niederoesterreich> zu finden.

- Aktuelle Stunde „Regionalentwicklung nördliches Niederösterreich – 600 Mio. für die Franz-Josefs-Bahn“:

LAbg. Josef Wiesinger betonte, dass ein **Ausbau der Franz-Josefs-Bahn** nur ein erster Schritt sein könne, um dem Bevölkerungsverlust im Waldviertel entgegenzusteuern: „Ein **durchgehender zweigleisiger Ausbau der Franz-Josefs-Bahn von Gmünd bis Wien**, sowie ein Stundentakt der **Verbindung zwischen Wien und Budweis** ist dringend notwendig! Des Weiteren fordern wir auch **ehestmögliche Verbesserungen hinsichtlich der Kamptal- und Kremser- sowie der Nordwestbahn!**“

- SPNÖ-Antrag zur Öffnung aller Sportstätten:

„Das massiv erweiterte Testangebot sowie die fortgeschrittenen Impfungen lassen es zu, dass unter Einhaltung der gebotenen Sicherheitsmaßnahmen sowohl **Einzel- als auch Mannschaftssportarten** wieder möglich sind! Denn bei all unseren Bemühungen das Virus einzudämmen, dürfen wir keinesfalls die **psychische** sowie die, durch den Sport entstehende **physische Gesundheit** vernachlässigen!“, betonte **Sportsprecher, LAbg. Rainer Windholz**.

Der Antrag wurde angenommen.

- SPNÖ-Antrag betr. 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich:

Arbeitnehmersprecher, LAbg. Rene Pfister, erläuterte im Plenum die Vorteile eines modernen Arbeitszeitgesetzes: „Es entstehen **mehr Arbeitsplätze** durch eine gerechtere Verteilung der Arbeit, es entwickelt sich eine **steigende Produktivität** und die **Lebensqualität** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird um ein Vielfaches verbessert!“

Der Antrag wurde von ÖVP, FPÖ und Neos abgelehnt.

- SPNÖ-Antrag betr. rasche Einführung der „Aktion 40.000“:

„Mit der Einführung der **Aktion 40.000**, welche umgerechnet ca. **9.000 Jobs für NÖ** bringen würde, steuern wir nicht nur der Rekordarbeitslosigkeit entgegen – viel wichtiger noch, wir geben **langzeitarbeitslosen Menschen Chancen und Perspektiven** und helfen ihnen, wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzukommen!“, so **LABg. Rene Pfister**.

Der Antrag wurde von ÖVP, FPÖ, Neos und Grünen abgelehnt.

- SPNÖ-Antrag betr. Corona-Solidaritätsbeitrags der reichsten 5 % des Landes sowie Coronafonds zum Lastenausgleich für die Krise:

„Die Finanzierung der Krise darf nicht auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden!“, betonte **LAbg. Mag. Karin Scheele** in ihrer Rede: „Deswegen fordern wir vehement eine einmalige **Solidarabgabe von Multimillionären, Erbschaftssteuern** bei Erbschaften von über einer Million Euro sowie eine **höhere Besteuerung von Spitzenverdienern!**“

Der Antrag wurde von ÖVP, FPÖ, Neos und Grünen abgelehnt.